

schen Regionen zu. Letztere könnte allenfalls auf der Basis von Branchenprojektionen als regionales Prognosemodell unter der restriktiven Annahme durchgeführt werden, daß insbesondere die Wirtschaftsstrukturen in den Kreisen über die Projektionsperiode hinweg unverändert bleiben.

Ausblick

Aufgrund der starken Nachfrage insbesondere auch von Bundes- und Länderwirtschaftsministerien wird der Arbeitskreis der *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder* künftig alle zwei Jahre eine Gemeinschaftsveröffentlichung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen der Stadt- und Landkreise erstellen. Weiterhin sind Untersuchungen über die Berechnungsmöglichkeiten regionaler Bruttoinlandsprodukte zu Faktorkosten, das heißt unter Ausschaltung der indirekten Steuern, geplant. Dadurch könnten Verzerrungen, die bei kleinräumlichen Einheiten verhältnismäßig häufig infolge von stark verbrauchssteuerbelasteten Branchenstrukturen (zum Beispiel Mineralöl-, Tabakverarbeitung) auftreten, bereinigt und die Vergleichbarkeit der Wirtschaftskraftergebnisse der Kreise noch verbessert werden. Zweifellos wäre darüber hinaus auch – wie unsere Untersuchung wiederholt gezeigt hat – die Berechnung zu konstanten Preisen wünschenswert. Der Ausbau der Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaften hat die Nachfrage nach aktuellen und laufend berechneten Regionalproduktswerten auch von dieser Seite steigen

lassen. Die Bedeutung derartiger Berechnungen läßt sich auch an der gerade in jüngster Zeit geführten Diskussion um die finanzielle Ausstattung des sogenannten Regionalfonds sehen: Zur Abgrenzung der im Rahmen der Gemeinschaft existierenden Problemgebiete ist unter anderem das Bruttoinlandsprodukt als Kriterium herangezogen worden. Für die Weiterarbeit auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kleinerer Regionen in den kommenden Jahren haben die Länderwirtschaftsressorts wie auch die Europäischen Gemeinschaften bereits einen umfangreichen Wunschkatalog aufgestellt. Danach sollten in Zukunft das schon länger vorhandene Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in tieferer wirtschaftlicher Gliederung und zusätzlich eine Reihe weiterer volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungsgrößen, so vor allem die schon erwähnte Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit, die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, der private Verbrauch und die Bruttoanlageinvestitionen, verfügbar sein. Es kann an dieser Stelle schon darauf hingewiesen werden, daß der Arbeitskreis noch in diesem Jahr erstmals ein Tabellenwerk dieser und anderer wichtiger Größen auf Länderebene für die Jahre 1960 bis 1970 veröffentlichen wird. Die Realisierung auf Kreisebene dürfte jedoch aufgrund verschiedener, nicht zuletzt aber auch materialbedingter Schwierigkeiten erst nach und nach möglich sein.

Dipl.-Volkswirt Hans-Hermann Steiger

Struktur und Entwicklungsperspektiven des Warenproduzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg im Vergleich mit dem Bundesgebiet

Fragestellung und Methodik

Die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs ist in den beiden vergangenen Jahrzehnten ähnlich wie in der Bundesrepublik und anderen Bundesländern maßgeblich vom wirtschaftlichen Geschehen im gewerblich-industriellen Sektor bestimmt worden. Die allgemein zu beobachtende Tendenz, der Wandel von einem nach dem Zweiten Weltkrieg noch verhältnismäßig stark landwirtschaftlich ausgerichteten Gebiet zum Industrieland, erreichte jedoch in Baden-Württemberg ein überdurchschnittliches Ausmaß. So waren im Jahr 1950 noch über ein Viertel (26,1%) aller Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, ihr Beitrag zum realen Bruttoinlandsprodukt betrug noch 9,7%. Wie sich die Bedeutung des Wirtschaftssektors im Laufe der Zeit vermindert hat, zeigen deutlich die Werte für 1970: Der Erwerbstätigenanteil der Landwirtschaft ging auf 7,9%, ihr Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt auf 3,9% zurück. Demgegenüber äußert sich das starke Vordringen des Warenproduzierenden Gewerbes in einer Erhöhung des Erwerbstätigenanteils von 44,3% im Jahr 1950 auf 54,7% im Jahr 1970, während gleichzeitig der Anteil an der Summe der erzeugten wirtschaftlichen Werte von 45,8% auf 62,2% zunahm.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn man die Verschiebungen der Preisstruktur, die im Zeitablauf die Anteile der Bereiche am nominalen Bruttoinlandsprodukt erheblich beeinflussen können, mit in die Betrachtung einbezieht. Unter Zugrundelegung der jeweiligen Preisverhältnisse schrumpfte der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt in den betrachteten zwei Dekaden von 10,4% auf 3,0% und damit etwas stärker als in rein mengenmäßiger Betrachtung, was auf die relative Preiskonstanz landwirtschaftlicher Produkte zurückzuführen ist. Im Gegensatz zur Land- und Forstwirtschaft verzeichneten die Dienstleistungsbereiche (Handel und Verkehr und Sonstige Wirtschaftsbereiche), die in den fünfziger Jahren mit dem starken Vordringen des Produzierenden Gewerbes zunächst an wirtschaftlichem Gewicht verloren hatten, zunehmende Bedeutung. Allerdings haben hohe Preissteigerungen für Dienstleistungen wesentlich mit dazu beigetragen, daß sich der Anteil des Wirtschaftssektors am nominalen Bruttoinlandsprodukt von 36,0% (1961) auf 37,8% (1970) erhöhte. Daß der Dienstleistungsbereich auch in Baden-Württemberg in zunehmendem Maße zu den Wachstumssektoren gehört, zeigt sich auch in der Zunahme des Erwerbstätigenanteils von 32,1% (1961) auf 37,4% (1970).

Tabelle 1

Erwerbstätigenstruktur der Wirtschaftsbereiche und Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt

Wirtschaftsbereich	Jahr	Erwerbstätige		Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent			
		Baden-Württemberg	Bundesgebiet	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962	
				Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
Strukturanteil in %							
Land- und Forstwirtschaft	1950	26,1	22,1	10,4	10,2	9,7	9,1
	1961	15,8	13,4	5,2	5,2	5,1	5,3
	1970	7,9	7,5	3,0	3,1	3,9	3,9
Produzierendes Gewerbe	1950	44,3	44,7	51,2	49,6	45,8	44,5
	1961	52,0	48,1	58,8	54,6	58,7	54,2
	1970	54,7	48,9	59,2	54,1	62,2	57,5
Dienstleistungsbereich ¹⁾	1950	29,6	33,1	38,4	40,2	44,5	46,4
	1961	32,1	38,5	36,0	40,2	36,2	40,5
	1970	37,4	43,6	37,8	42,8	33,9	38,6

¹⁾ Handel und Verkehr und sonstige Wirtschaftsbereiche.

Struktur und Entwicklungsperspektiven des im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt verhältnismäßig schwächer entwickelten Dienstleistungssektors sind in jüngster Zeit in zwei Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes¹ eingehend untersucht worden. Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit der Frage, welche wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven das Produzierende Gewerbe, das in Baden-Württemberg auf Grund seines hohen Gewichtes die künftige wirtschaftliche Entwicklung wie in keinem anderen Bundesland in überaus starkem Maße bestimmen dürfte, auf Grund seiner Struktur und der bisher zu beobachtenden Tendenzen erwarten läßt. Zu Vergleichszwecken wird die Bundesrepublik mit in die Untersuchung einbezogen. Dabei wird der Sektor der Warenproduktion, der die Bereiche Energiewirtschaft und Bergbau,

das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe (Wirtschaftsabteilung 1 bis 3 der Grundsystematik der Wirtschaftszweige) umfaßt, auf der Grundlage des aus den Arbeitsstättenzählungen von 1961 und 1970 nach bundeseinheitlichem Aufbereitungsprogramm zur Verfügung stehenden Datenmaterials in tiefer wirtschaftssystematischer Gliederung untersucht. Durch die Stichtage der Arbeitsstättenzählungen ist der Untersuchungszeitraum als die Periode vom 6. 6. 1961 bis 27. 5. 1970 vorgegeben. Struktur und Entwicklungstendenzen des Warenproduzierenden Bereiches werden dabei auf Grund des wichtigsten aus den Arbeitsstättenzählungen verfügbaren Indikators, der Entwicklung des Arbeitsplatzangebotes dargestellt.

Divergierende Beschäftigungsentwicklung

Verfolgt man die Arbeitsplatzentwicklung im Warenproduzierenden Bereich von 1961 bis 1970, so zeigt sich, daß in Baden-Württemberg per Saldo insgesamt rund 143 000 Arbeitsplätze (6,6%) hinzugekommen sind, während in der

¹ Vgl. Hirsch, R./Meyer-Haitz, D., Die Dienstleistungsbereiche in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4 und 6, 1973; vgl. dieselben: Die Dienstleistungsbereiche in Baden-Württemberg. (Eine statistische Analyse der fachlichen und regionalen Verteilung), in: Baden-Württemberg in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg, 18. Jahrgang, 1973, Heft 1.

Tabelle 2

Entwicklung der Beschäftigten im Warenproduzierenden Gewerbe nach Bundesländern

Nr. der Systematik	Wirtschaftliche Gliederung	Veränderung 1970 gegenüber 1961 in Prozent											
		Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Bundesgebiet
1	Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	- 5,9	-22,5	-24,7	3,4	-43,1	-21,9	-22,2	6,3	- 9,8	-46,0	0,8	-35,1
2	Verarbeitendes Gewerbe	7,3	-15,6	9,1	- 4,8	- 4,0	6,1	5,3	7,4	10,2	9,6	-21,7	2,3
20	Chemische Industrie und Mineralölverarbeitung	16,7	- 7,2	- 2,2	-24,7	9,3	22,1	6,2	31,9	40,2	18,1	- 2,4	13,7
21	Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	109,4	- 5,8	23,5	- 8,9	28,2	55,6	64,9	85,2	94,2	152,1	-12,1	47,9
22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik, Glas	- 15,6	-23,2	-10,0	-26,4	-11,2	- 5,7	-19,7	- 2,2	-12,9	- 9,2	-11,8	-11,3
23	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießereien, Stahlverformung	- 25,7	-14,5	- 8,0	15,7	- 8,5	- 1,2	-17,4	15,3	- 6,8	- 7,6	-17,9	- 6,2
24	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	35,2	-14,8	40,3	-13,1	10,8	10,3	46,1	21,7	37,7	51,0	-15,1	19,3
25	Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sport-, Spiel- und Schmuckwaren	27,1	- 0,9	20,8	29,4	0,8	22,9	35,4	13,9	27,8	44,9	-17,9	12,3
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	19,5	-11,6	- 7,2	- 4,5	- 2,6	2,2	- 4,3	- 0,3	- 1,2	2,3	-27,1	- 2,5
27	Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	- 40,8	-46,9	-21,4	-36,6	-28,0	-23,4	-12,4	-18,5	-13,2	9,0	-43,9	-22,2
28/9	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	- 6,0	-26,3	2,3	10,1	-12,4	- 7,6	- 8,0	-12,3	- 3,4	- 9,2	-20,2	- 8,6
3	Baugewerbe	0,3	-14,1	- 0,7	- 6,9	- 7,6	2,9	1,3	1,3	12,4	-24,7	0,6	- 0,7
1-3	Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	5,2	-15,5	5,3	- 4,9	- 9,3	4,7	4,0	6,6	10,1	- 8,3	-18,3	- 0,4

Tabelle 3
Das Produzierende Gewerbe in Baden-Württemberg 1961 bis 1970 – Entwicklung des Arbeitsplatzangebotes
in Baden-Württemberg

Nr. der Systematik	Wirtschaftliche Gliederung	Baden-Württemberg												
		1961				1970								
		Anzahl	%	Anteil am Bundes- gebiet %	Koeffi- zient des relat. Branchen- gewich- tes	Stand				Effektive Zu- bzw. Abnahme			Differenz	
						Anzahl	%	Anteil am Bundes- gebiet %	Koeffi- zient des rel. Branchen- gewich- tes ¹⁾	Anzahl	Meß- ziffer 1961 = 100	Streu- ung der Meß- ziffer	Entspre- chend dem landesspe- zifischen Koeffizien- ten des relat. Branchen- gewichts ²⁾	Bei einem Koeffi- zienten des relat. Branchen- gewichts von 1,00 ³⁾
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1	Energiewirtschaft,													
	Wasserversorgung, Bergbau	29 197	1,35	3,82		31 022	1,35	6,24	0,35	1 825	106,3	1,00		
10	Energiewirtschaft, Wasserver- sorgung	25 555	1,18	13,25	0,79	28 830	1,25	13,92	0,78	3 275	112,8	1,06	+ 1 980	+ 2 506
11	Bergbau	3 642	0,17	0,64	0,04	2 192	0,10	0,76	0,04	- 1 450	60,2	0,56	- 1 873	- 46 815
2	Verarbeitendes Gewerbe	1 809 553	83,91	18,07		1 946 763	84,65	19,00	1,06	137 210	107,6	1,01		
200	Chemische Industrie	53 642	2,49	10,14	0,61	69 630	3,03	11,39	0,64	15 988	129,8	1,22	+ 8 590	+ 14 082
205	Mineralölverarbeitung	1 190	0,06	3,09	0,17	2 708	0,12	8,20	0,46	1 518	227,6	2,14	- 128	- 751
210	Kunststoffverarbeitung	24 024	1,11	21,83	1,31	38 377	1,67	19,78	1,11	14 353	159,7	1,50	+ 18 464	+ 14 095
215	Gummi- und Asbestverarbeitung	10 636	0,49	8,96	0,53	25 821	1,12	17,90	1,00	15 185	242,8	2,28	+ 2 309	+ 4 357
22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden usw.	65 508	3,04	11,81	0,71	64 088	2,79	13,03	0,73	- 1 420	97,8	0,92	- 7 174	- 10 104
230 }	Eisen-, Stahl- und NE-Metall- erzeugung	12 920	0,60	2,88	0,17	16 541	0,72	3,84	0,21	3 621	128,0	1,20	- 437	- 2 568
232 }	Eisen-, Stahl- und Tempergießerei NE-Metallgießerei	27 255	1,26	14,25	0,85	28 923	1,26	17,10	0,95	1 668	106,1	0,99	- 3 041	- 3 570
236 }	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahl- verform., Schlosserei, Schmie- derei u. ä.	51 670	2,40	14,87	0,89	60 395	2,63	18,57	1,04	8 725	116,9	1,10	- 3 076	- 3 456
238 }	Stahl- und Leichtmetallbau	29 675	1,38	9,93	0,60	39 468	1,72	11,74	0,66	9 793	133,0	1,25	+ 3 849	+ 6 415
239 }	Maschinenbau (o. H. v. Büro- maschinen)	267 437	12,40	22,46	1,34	305 469	13,28	24,05	1,34	54 843	120,5	1,13	+ 39 911	+ 29 784
240 }	H. v. Büromaschinen und ADV- Geräten	153 677	7,13	25,56	1,53	168 111	0,73	17,82	1,00	30 293	119,7	1,12	+ 53 207	+ 34 776
242 }	Straßenfahrzeugbau					6 143	0,27	4,69	0,26					
244 }	Schiff- und Luftfahrzeugbau	216 225	10,03	22,19	1,33	264 688	11,51	23,06	1,29	48 463	122,4	1,15	+ 39 417	+ 29 637
246 }	Elektrotechnik	44 363	2,06	27,12	1,62	52 952	2,30	28,98	1,62	8 589	119,4	1,12	+ 5 187	+ 3 202
250 }	Feinmechanik, Optik	70 985	3,29	54,27	3,26	63 195	2,75	54,79	3,06	- 7 790	89,0	0,83	- 8 127	- 2 493
252 }	H. u. Rep. von Uhren, Musikinstr., Spielwaren, Schmuck usw.	82 748	3,84	18,35	1,10	91 182	3,96	18,77	1,05	8 434	110,2	1,03	+ 6 730	+ 6 118
254 }	H. v. EBM-Waren	113 466	5,26	18,47	1,11	103 130	4,48	19,23	1,07	- 10 336	90,9	0,85	- 13 993	- 12 606
256 }	Säge- und Holzverarbeitungswerke Holzverarbeitung	49 901	2,31	22,74	1,36	51 885	2,26	22,86	1,27	1 984	104,0	0,98	+ 1 926	+ 1 416
260 }	Zellstoff-, Papier- und Pappe- erzeugung, Papier- und Pappe- verarbeitung	45 554	2,11	17,44	1,04	53 179	2,31	17,50	0,98	7 625	116,7	1,09	+ 7 585	+ 7 293
264 }	Druckerei, Vervielfältigung													
266 }	Ledererzeugung und Verarbeitung Herstellung und Reparatur von Schuhen	61 277	2,84	22,62	1,35	38 191	1,66	19,92	1,11	- 23 086	62,3	0,58	- 17 596	- 13 034
270 }	Textilgewerbe	175 305	8,13	26,21	1,57	156 870	6,82	30,08	1,68	- 18 435	89,5	0,84	- 37 947	- 24 170
272 }	Bekleidungs- und Bekleidungs- gewerbe	95 317	4,42	14,67	0,88	75 597	3,29	14,45	0,81	- 19 720	79,3	0,74	- 18 195	- 20 676
276 }	Polsterei, Dekorateurgewerbe	156 778	7,27	14,75	0,88	137 550	5,98	14,16	0,79	- 19 228	87,7	0,82	- 12 843	- 14 594
278 }	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe													
28/29	Baugewerbe	317 833	14,74	14,91		322 092	14,00	15,21	0,85	4 259	101,3	0,95		
30	Bauhauptgewerbe	236 198	10,95	14,97	0,90	237 725	10,34	15,19	0,85	1 527	100,6	0,94	- 1 024	- 1 138
31	Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	81 635	3,79	14,74	0,88	84 367	3,67	15,27	0,85	2 732	103,3	0,97	+ 150	+ 170
1-3	Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	2 156 583	100	16,70	1,00	2 299 877	100	17,88	1,00	143 294	106,6	1,00		

¹⁾ Anteil der Branche im Land – ²⁾ Sp. 4 × Sp. 13. – ³⁾ $\frac{\text{Insgesamt} - \text{Wert Sp. 3} \times \text{Sp. 28}}{100}$ – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

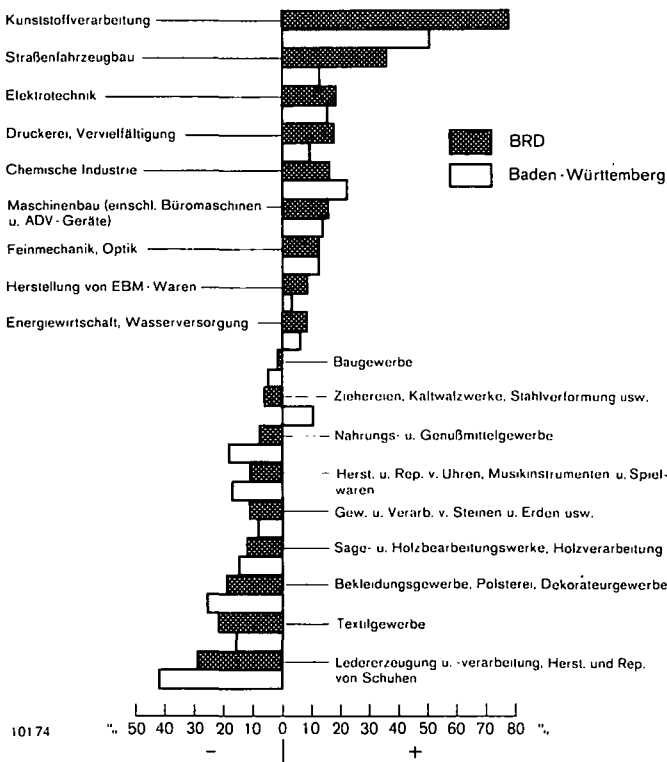
Bundesrepublik die Freisetzungen von Arbeitskräften ein Ausmaß erreichten, das den Umfang der anderweitig neu geschaffenen Arbeitsplätze übersteigt, so daß die Gesamtzahl der Beschäftigten im sekundären Sektor einen leichten Rückgang um 53 200 (0,4%) aufweist. Ein Vergleich nach Bundesländern läßt erkennen, daß zwischen den verschiedenen Teilregionen der Bundesrepublik sowohl im Ausmaß wie in der Wirkungsrichtung nicht selten relativ stark abweichende Tendenzen der Beschäftigtenentwicklung zu verzeichnen sind, die vor allem für die Beschäftigungs-, Struktur- und Wachstumspolitik Bedeutung haben. So errechnet sich beispielsweise für Schleswig-Holstein, Nieder-

sachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern jeweils eine Zunahme der Beschäftigten im Untersuchungszeitraum, während die übrigen fünf Bundesländer mehr oder minder große Beschäftigtenrückgänge im Warenproduzierenden Bereich aufweisen. Ein ähnlich differenziertes Bild zeigt sich, wenn man für die Bundesländer den Sektor der Warenproduktion nach einzelnen Wirtschaftszweigen untergliedert (Tabelle 2). Vergleicht man wie im folgenden die Beschäftigtenentwicklung in Baden-Württemberg mit der des Bundesgebiets und wählt als Beispiel diejenigen fünf Branchen, die die absolut höchsten Beschäftigungsrückgänge aufweisen, so rechnen in

77

Schaubild 1.

Streuung des Beschäftigungswachstums ausgewählter Wirtschaftszweige 1961 bis 1970
(Abweichungen vom Durchschnitt des Produzierendes Gewerbes in Prozent)



der Kunststoffverarbeitung (84 000) und der Chemie (82 200). Als Ursache der hier nur beispielhaft aufgeführten Divergenzen in der Beschäftigtenentwicklung sind zwei sich überlagernde Einflußfaktoren zu nennen.

Zum einen „ist einer Wirtschaft gleichsam durch ihren augenblicklichen Bauplan bereits eine gewisse Wachstumsrate vorgezeichnet“². Vom theoretischen Standpunkt wäre in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet nur dann eine gleiche Entwicklung des Arbeitsplatzangebotes zu erwarten gewesen, wenn sich zum Ausgangszeitpunkt die Branchenstruktur des Landes mit der des Bundes vollkommen gedeckt hätte und wenn sich zum anderen alle Wirtschaftszweige des Landes während des untersuchten Zeitraumes mit der gleichen Rate wie im Bundesdurchschnitt verändert hätten. Die beobachteten Abweichungen im Beschäftigungswachstum sind demnach sowohl auf die am Anfang der untersuchten Periode landesspezifisch unterschiedliche Struktur des Wirtschaftssektors (Branchenstruktureffekt) wie auf die räumlich differenzierte Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige (Standorteffekt) zurückzuführen.

Der Einfluß des *Branchenstruktureffektes* erwächst Baden-Württemberg wie jeder anderen Teilregion aus dem zum Ausgangszeitpunkt unter- oder überdurchschnittlichen Anteil der einzelnen Wirtschaftszweige am Warenproduzierenden Gewerbe des Landes im Vergleich mit dem Gewicht der entsprechenden Wirtschaftszweige im Bundesgebiet. Unter dem Blickwinkel abweichender Ausgangsstruktur ist für Baden-Württemberg oder ein anderes Bundesland ein relativ höheres (niedrigeres) Beschäftigungswachstum zu erwarten,

wenn das Produzierende Gewerbe des Landes vergleichsweise höhere (niedrigere Anteile jener Branchen aufweist, die im Bundesgebiet eine über dem Durchschnitt des Produzierenden Gewerbes liegende Wachstumsrate verzeichnen. Ebenso wirkt von der Ausgangsstruktur her wachstumsbeschleunigend (wachstumshemmend), wenn in Baden-Württemberg jene Branchen anteilmäßig relativ schwächer (stärker) vertreten sind, die im Bundesgebiet zum Durchschnitt des Produzierenden Sektors unterproportional expandieren oder Beschäftigungsrückgänge aufweisen.

Demgegenüber beinhalten die als *Standorteffekt* bezeichneten Entwicklungseinflüsse, die als „Ausdruck der vergleichsweise Standortvor- oder -nachteile“³ eines Teilraumes gedeutet werden, die Wirkung des Zusammenspiels all jener Einflußfaktoren, die zu einem regional differenzierten Wachstum der einzelnen Wirtschaftszweige führen. Unter Kostengesichtspunkten zählen hierzu beispielsweise die Ausstattung mit Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Kapital, Grund und Boden, unternehmerische Leistungen) und der unterschiedliche Ausbau der Infrastruktur in den Teilregionen, während die länderspezifische differierende Produktionspalette der verschiedenen Wirtschaftszweige häufig sowohl Ursache unterschiedlicher Produktivitäts- wie Nachfrageentwicklungen sein dürfte.

Im folgenden wird eine analytische Trennung der beiden sich überlagernden Bestimmungsgründe der Arbeitsplatzentwicklung entsprechend einer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung entwickelten Methode vorgenommen.⁴ Der Anwendungs- und Interpretationsspielraum dieses unten näher beschriebenen Verfahrens unterliegt gewissen Einschränkungen, zu denen insbesondere die Gültigkeit der *ceteris-paribus*-Bedingung zählt, so daß die Interdependenz zwischen den beiden verursachenden Faktoren notwendigerweise vernachlässigt wird. Hinzu kommt, daß die Differenziertheit *innerhalb* der einzelnen Branchen (z. B. unterschiedliche Produktpaletten), die streng genommen unter der Komponente *Branchenstruktur* zu subsumieren wäre, in diesem Ansatz nicht enthalten ist, jedoch in einer tiefergehenden Untersuchung Gegenstand einer besonderen Betrachtung sein müßte.

Trotz dieser Einschränkungen ist die vorgenommene Trennung von Branchenstruktur- und Standorteffekt nicht zuletzt auch unter dem Blickwinkel der regionalen Wirtschaftspolitik von erheblichem Informationsgehalt. Während eine bestimmte Ausgangsstruktur nur auf lange Sicht entscheidend einfließt werden kann und daher kurzfristig als gegeben anzusehen ist, kann einem räumlich spezifischen Wachstumsverhalten der Wirtschaftszweige erfahrungsgemäß durch regional gezielte Förderungsmaßnahmen begegnet werden.

Quantifizierung von Branchenstruktur- und Standorteffekt

Hinter der vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung angewandten Methode zur analytischen Trennung von Branchenstruktur- und Standorteffekt steht die Überlegung, daß ein getrennter Nachweis der beiden sich überlagernden Wirkungskomponenten dadurch möglich ist, daß jeweils die eine Variable über den Beobachtungszeitraum hinweg konstant gehalten wird, so daß der Einfluß der anderen isoliert ermittelt werden kann (*ceteris-paribus*-Bedingung). So wird zur *Feststellung der aus abweichender Ausgangsstruktur resultierenden Auswirkungen* hypothetisch davon ausgegangen, daß die Arbeitsplatzentwicklung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen keine regionalspezifischen Sondereinflüsse aufweist, das heißt die Beschäftigung in den Wirtschaftszweigen des Landes wächst hypothetisch mit den branchenspezifischen Expansionsraten des gesamten Bundesgebietes.

² Niehans, J., Strukturwandlungen als Wachstumsprobleme, in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Bd. 30/I, Berlin 1964.

³ Baumgart, E. R., Der Einfluß von Strukturveränderungen auf die Entwicklung der nordrhein-westfälischen Industrie, in: Sonderheft Nr. 70 des deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung, Berlin 1965, S. 11.

⁴ Ebenda, S. 11 ff.

Der weitere gedankliche Inhalt der Berechnungsmethode soll am Beispiel der Chemischen Industrie deutlich gemacht werden, wobei zur Vereinfachung jeweils auf die entsprechenden Spalten der *Tabelle 3* hingewiesen wird.

Die Chemische Industrie gehört im Bundesgebiet mit einer Beschäftigtenzunahme von 529 000 auf 611 000 (Sp. 20 und 22), was einer branchenspezifischen Expansionsmeßziffer von 115,5% (Sp. 25) entspricht, zu den überproportional wachsenden Branchen. Hätte sich der Wirtschaftszweig angenommenmaßen proportional der Durchschnittsrate des gesamten Produzierenden Gewerbes im Bundesgebiet, also entsprechend der Expansionsmeßziffer von 99,6 (Sp. 25) entwickelt, so hätte er am Ende der Periode hypothetisch 527 000 Personen (Sp. 27) beschäftigt anstatt der tatsächlichen 611 000. In Höhe der Differenz von 84 000 Beschäftigten (Sp. 28) ist demnach der Chemischen Industrie gegenüber der Gesamtentwicklung des Produzierenden Gewerbes im Bundesgebiet ein relativer Beschäftigungsgewinn erwachsen, durch den sie sich als überdurchschnittlich expandierender Bereich manifestiert.

Der Effekt unterschiedlicher Ausgangsstruktur erwächst nun Baden-Württemberg definitionsgemäß aus dem Anteil der Chemischen Industrie am Produzierenden Gewerbe des Landes, der mit 2,49% (Sp. 2) im Verhältnis zum Anteil der Branche im Bundesgebiet von 4,10% (Sp. 21) unterproportional ist. Als Maßstab für das nur unterdurchschnittliche Gewicht der Chemischen Industrie im Lande dient der sogenannte Koeffizient des relativen Branchengewichts (Sp. 4), der sich als Quotient aus dem Anteil der Branche im Land zum Anteil im Bund (Sp. 2 : Sp. 21) errechnet. Der Wert von 0,61 besagt, daß die Chemische Industrie 1961 im *sekundären Sektor* des Landes nur 0,61 mal so stark vertreten war wie im Produzierenden Gewerbe des Bundes.

In dem speziellen Falle eines Koeffizienten von 1,00 entspräche das Gewicht der Chemischen Industrie in Baden-Württemberg genau der Bedeutung des Wirtschaftszweiges im Bundesgebiet, der Effekt abweichender Ausgangsstruktur wäre Null. Unter dieser Voraussetzung entfielen von der überdurchschnittlichen Expansion der Chemischen Industrie im Bundesgebiet, die ihren Niederschlag in dem berechneten hypothetischen Beschäftigungsgewinn von 84 300 Arbeitsplätzen (Sp. 28) findet, auf Baden-Württemberg ein Anteil von 14 100 (Sp. 13) entsprechend dem Anteil des Landes am Produzierenden Gewerbe des Bundes von 16,70% (Sp. 3). Tatsächlich war jedoch in Baden-Württemberg die Chemische Industrie im Verhältnis zu ihrem Anteil im Bundesgebiet entsprechend dem branchenspezifischen Koeffizienten von 0,61 nur unterdurchschnittlich repräsentiert, was einem Anteil am gesamten hypothetischen Beschäftigungsgewinn der Branche von annähernd 8 600 Arbeitsplätzen (Sp. 12) entspricht und den strukturneutralen Wert im Falle eines Koeffizienten von 1,00 um 5 500 Arbeitsplätze (Sp. 14) unterschreitet. In Höhe dieser Differenz von 5 500 Beschäftigten ist dem Produzierenden Gewerbe des Landes im Vergleich zum Bundesgebiet ein Beschäftigungsverlust dadurch entstanden, daß zum Ausgangszeitpunkt eine überdurchschnittlich expandierende Branche im Land nur unterproportional vertreten war.

Hingegen errechnet sich das als *Standorteffekt* bezeichnete räumlich differenzierte Beschäftigungswachstums innerhalb der einzelnen Branchen als Abweichung der Entwicklung im Land von der im Bundesgebiet. So hat beispielsweise die Chemische Industrie im Bundesdurchschnitt die Beschäftigung um 15,5% (Sp. 25) ausgedehnt, in Baden-Württemberg dagegen um 29,8% (Sp. 10). Wäre die Beschäftigtenzahl im Land mit der gleichen Expansionsrate gewachsen wie im Bundesdurchschnitt, so hätte Baden-Württemberg 1970 anstatt der tatsächlichen 69 630 (Sp. 5) hypothetisch 61 957 Arbeitskräfte in diesem Wirtschaftszweig beschäftigt. Um die Differenz von 7 673 Arbeitsplätzen (Sp. 15) ist somit dem Land ein Beschäftigungsgewinn dadurch entstanden, daß die Wachstumschancen günstiger als im Bundesgebiet waren.

Die branchenspezifischen Arbeitsplatzgewinne und -verluste in Baden-Württemberg

Tabelle 3 zeigt das Ergebnis der branchenspezifischen Struktureffekte ausgedrückt in Arbeitsplätzen und aufgeteilt nach den beiden verursachenden Komponenten (Sp. 14 – Sp. 19). Gleichzeitig enthält die Übersicht eine Reihe weiterer Kennzahlen, die auf einen Blick die Art der jeweiligen Verursachung des einzelnen Struktureffektes erkennen lassen. Nach den vorangegangenen Ausführungen sprechen die Daten weitgehend für sich selbst, so daß die folgende Kommentierung nur einige wesentliche Ergebnisse und Tendenzen aufzeigt.

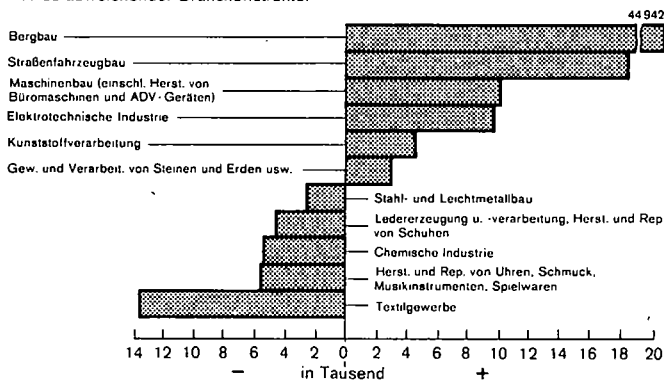
Von den gesamten relativen Beschäftigungsgewinnen des Landes, die sich auf rund 147 000 Arbeitsplätze oder 6,4% des tatsächlichen Beschäftigtenstandes am Ende der Untersuchungsperiode beziffern, gehen annähernd 66 000 (44,7%) auf die wachstumsförderliche Branchengliederung zurück, während 81 700 Arbeitsplätze (55,3%) auf den Einfluß des in Baden-Württemberg günstigeren Wachstumsclimas zurückzuführen sind.

Von den auf Grund des Branchenstruktureffektes gewonnenen Arbeitsplätzen entfallen allein 44 900 auf den Bergbau, der als Folge der Kohlenkrise bundesweit einen sehr starken Beschäftigungsrückgang erfahren hat (Meßziffer auf der Basis 1961: 50,6) und zum Ausgangszeitpunkt in der Wirtschaftsstruktur des Landes vergleichsweise nur sehr gering vertreten war (Koeffizient des relativen Branchengewichts 0,04). Die nächsthöcsten Beschäftigungsgewinne aus abweichender Ausgangsstruktur gehen auf das Konto zweier Wachstumsbranchen (Straßenfahrzeugbau + 18 400, Maschinenbau + 10 000), die im Produzierenden Gewerbe Baden-Württembergs entsprechenden Koeffizienten des relativen Branchengewichts

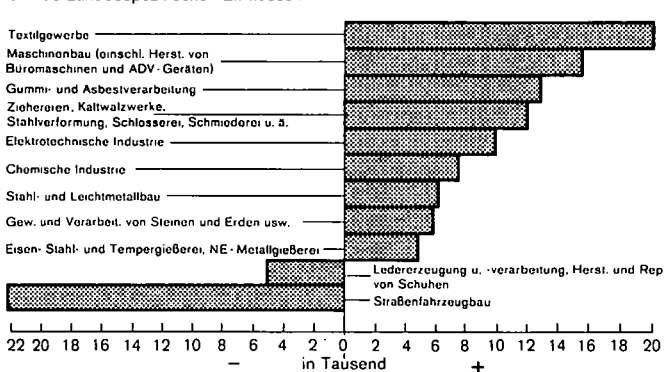
Schaubild 2

Das Produzierende Gewerbe in Baden-Württemberg
- Die wichtigsten relativen Arbeitsplatzgewinne bzw. -verluste im Verhältnis zum Bundesgebiet 1961 bis 1970 -

A: Aus abweichender Branchenstruktur



B: Aus Landesspezifischen Einflüssen



von 1,53 bzw. 1,34 vergleichsweise überproportional vertreten waren. Dagegen sind von den relativen Beschäftigungsverlusten, die auf unterschiedliche wirtschaftliche Gliederung zurückgehen, die höchsten Rückgänge überwiegend von schrumpfenden Branchen (Textilgewerbe – 13 800, Uhren-, Schmuck- und Spielwarengewerbe – 5 600) verursacht worden, die in Baden-Württemberg 1961 ein vergleichsweise überdurchschnittliches Gewicht besaßen.

Demgegenüber sind von den auf Grund des Standorteffektes gewonnenen Arbeitsplätzen annähernd 20 100 allein auf das Textilgewerbe zurückzuführen, das im Land entsprechend der Meßziffer von 89,5 weit weniger stark schrumpfte als im westdeutschen Durchschnitt (Meßziffer 78,0). Regional relativ günstige Wachstumschancen bestanden auch für den Maschinenbau (+ 15 800) sowie für die Gummi- und Asbestverarbeitung (+ 12 900), wobei die Beschäftigungsgewinne des Maschinenbaus weniger durch das nicht allzu hoch über dem Bundesdurchschnitt liegende Wachstumstempo (Meßziffer 120,5 gegenüber 114,6 im Bund), sondern vielmehr durch das hohe Gewicht der Branche im Lande (Koeffizient des relativen Branchengewichts 1,34) erzielt wurden, während das 1961 nur unterdurchschnittlich repräsentierte gummi- und asbestverarbeitende Gewerbe (Koeffizient des relativen Branchengewichts 0,53) eine annähernd doppelt so hohe Wachstumsrate wie im Bundesdurchschnitt (Meßziffer 242,8 gegenüber 121,6) erreichte.

Zurückgeblieben hinter der durchschnittlichen Beschäftigungsexpansion im Bundesgebiet ist vor allem der Straßenfahrzeugbau (Meßziffer 119,7 gegenüber 134,2), was in dem hohen relativen Beschäftigungsverlust von 22 300 Arbeitsplätzen zum Ausdruck kommt. Vergleichsweise hohe Defizite im Verhältnis zur Bundesentwicklung verzeichnen auch das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (– 5 700) und das ledererzeugende und -verarbeitende Gewerbe (– 5 200), die beide stärker als im Bundesdurchschnitt geschrumpft sind.

Perspektiven der künftigen Beschäftigungsentwicklung

Während mangels plausibler Hypothesen nur schwerlich Aussagen über die künftige Wirkungsrichtung des Standorteffekts zu treffen sind, lassen sich einige Anhaltspunkte über die voraussichtlichen Auswirkungen des Branchenstruktureffektes gewinnen.

Tabelle 3 (Sp. 8) enthält auch für das Jahr 1970 die jeweiligen Koeffizienten des relativen Branchengewichts. Der aus abweichender Ausgangsstruktur zu erwartende Beschäftigungsgewinn bzw. -verlust resultiert nun wie dargestellt aus den der jeweiligen Höhe des Koeffizienten (unter oder über 1,00) in Verbindung mit dem erwarteten unter- oder überdurchschnittlichen Wachstum des Wirtschaftszweiges im Bundesgebiet, das sich auch als Streuung der Expansionsmeßziffer um den Durchschnitt des Produzierenden Gewerbes ausdrücken läßt. Dabei bestehen zwischen dem Koeffizienten der relativen Branchengewichtung und dem branchenspezifischen Wachstum im Bund die folgenden Zusammenhänge:

Koeffizient des relativen Branchengewichts	Streuung der Expansionsmeßziffer im Bund	Relativer Beschäftigungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)
über 1,00	über 1,00	+
unter 1,00	unter 1,00	+
über 1,00	unter 1,00	-
unter 1,00	über 1,00	-

Um also die voraussichtliche Wirkungseinrichtung des Branchenstruktureffektes abzuschätzen, sind zusätzlich plausible Hypothesen über das Beschäftigungswachstum der einzelnen Wirtschaftszweige im Bundesgebiet erforderlich. Da angesichts der Unsicherheit über künftige Entwicklungen derartige

Annahmen zwangsläufig immer problematisch sind, wird im folgenden lediglich unterstellt, daß die in der Periode von 1961 bis 1970 besonders expansiven Branchen auch weiterhin ein über dem Bundesdurchschnitt liegendes Wachstum aufweisen und die besonders stark geschrumpften Bereiche auch in Zukunft die durchschnittliche Beschäftigungsexpansion des sekundären Sektors nicht erreichen. Konkret und in der Sprache der Meßzifferberechnung bedeutet dies, daß Wirtschaftszweige, die in der Untersuchungsperiode eine vom Durchschnitt des Produzierenden Gewerbes um 10% oder mehr nach unten oder oben abweichende Expansionsmeßziffer hatten (Werte von 0,90 und darunter bzw. von 1,10 und darüber in Sp. 26), annahmegemäß auch künftig die durchschnittliche Expansionsrate des Wirtschaftsbereiches nicht erreichen bzw. als Wachstumsbranchen darüberliegende Zuwachsraten verzeichnen. Über die künftige Entwicklung der bislang nahe dem Durchschnitt expandierenden Wirtschaftszweige wird keine Annahme getroffen.

Zu den oben definierten potentiellen Wachstumsbranchen zählen die Chemische Industrie, die Kunststoffverarbeitung, die Gummi- und Asbestverarbeitung, der Stahl- und Leichtmetallbau, der Maschinenbau, die Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten, der Straßenfahrzeugbau, die Elektrotechnik, die Feinmechanik und Optik sowie das Druckerei- und Vervielfältigungsgewerbe, die im Bundesgebiet zusammen über 3 031 000 oder 23,6% aller Arbeitsplätze verfügen. In Baden-Württemberg hingegen haben diese Wirtschaftszweige mit 1 050 000 Arbeitsplätzen einen Beschäftigtenanteil von 45,7%, so daß auf Grund des hohen Anteils potentieller Wachstumsbranchen, dem ein Koeffizient des relativen Branchengewichts von 1,94 entspricht, auch in Zukunft relative Beschäftigungsgewinne zu erwarten sind. Diesen stehen die Arbeitsplatzverluste gegenüber, die dem Land aus dem insgesamt höheren Anteil der auf Bundesebene potentiell schrumpfender Branchen (Bergbau, Mineralölverarbeitung, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Gießereien, Herstellung von Uhren, Musikinstrumenten, Spielwaren und Schmuck, Säge- und Holzverarbeitungswerke, Ledererzeugung und -verarbeitung, Textilgewerbe, Bekleidungsgewerbe) voraussichtlich entstehen. Während in Baden-Württemberg 535 000 Arbeitsplätze oder 23,7% aller Beschäftigten des Wirtschaftssektors auf die genannten Wirtschaftszweige entfallen, entsprechen die für das Bundesgebiet ermittelten 2 873 000 Arbeitsplätze lediglich einem Anteil von 22,3%. Ein noch ungünstigeres Verhältnis für Baden-Württemberg ergibt sich, wenn man für den in der Vergangenheit bundesweit sehr stark geschrumpften Bergbau entsprechend dem neuen energiepolitischen Konzept der Bundesregierung, das eine verstärkte Verstromung von Kohle vorsieht, keine weiteren Absenkungen der Kohleförderung und entsprechende Beschäftigungsreduktionen erwartet. In diesem Falle errechnet sich für Baden-Württemberg ein Anteil potentiell schrumpfender Branchen von 23,2% gegenüber 20,1% im Bundesgebiet.

Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse

Faßt man die wichtigsten Grundzüge der bisherigen Ergebnisse zusammen, so läßt sich das folgende Fazit ziehen:

1. Mit einer Beschäftigtenexpansion von + 6,6% hat im Untersuchungszeitraum das Produzierende Gewerbe in Baden-Württemberg die durchschnittliche Arbeitsplatzentwicklung im Bundesgebiet (– 0,4%) übertroffen.
2. Die überdurchschnittliche Arbeitsplatzzunahme im Lande wurde dabei sowohl von der vom Bundesgebiet abweichenden Branchenstruktur wie von der per Saldo landesspezifisch überdurchschnittlichen Expansion der verschiedenen Wirtschaftszweige begünstigt. Für den relativen Beschäftigungsgewinn überwog der Einfluß des Standorteffektes (55,3%), die Auswirkungen aus abweichender Ausgangsstruktur (44,7%) hatten demgegenüber geringere Bedeutung.

3. Soweit die überdurchschnittliche Arbeitsplatzentwicklung Baden-Württembergs aus unterschiedlicher Branchenstruktur resultierte, hat der geringe Anteil des Bergbaus im Lande den entscheidenden Ausschlag gegeben. Ohne diese bestimmende Konstellation hätte der Branchenstruktureffekt zu keinen gewichtigen relativen Arbeitsplatzgewinnen geführt. Aus dem zweiten begünstigenden Einfluß, der überdurchschnittlichen Besetzung mit strukturellen Wachstumsbranchen wie beispielsweise Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik und Kunststoffverarbeitung sind dem Land per Saldo lediglich 12 500 oder 0,5% der 1970 bestehenden Arbeitsplätze erwachsen, da eine hohe Konzentration schrumpfender Bereiche (z. B. Textilgewerbe, Herstellung von Uhren, Musikinstrumenten, Spielwaren und Schmuck) sowie verhältnismäßig niedrige Anteile der in besonderem Maße expandierenden Wirtschaftszweige (z. B. Chemische Industrie) entgegenwirkten.

4. Soweit die überdurchschnittliche Arbeitsplatzentwicklung durch die vom Bundesgebiet abweichende Expansion der verschiedenen Wirtschaftszweige bestimmt wurde, waren hierfür weniger Sonderentwicklungen in einzelnen wirtschaftlichen Teilbereichen, sondern eher das allgemein günstige Wachstumsklima verantwortlich. Relative Arbeitsplatzgewinne haben nicht nur diejenigen Wirtschaftszweige erzielt, die im Bundesdurchschnitt zu den Wachstumsbranchen zählen wie zum Beispiel die Chemische Industrie, die Gummi- und Asbestverarbeitung, der Maschinenbau, die Elektrotechnik sowie die Feinmechanik und Optik, son-

dern auch eine ganze Reihe bundesweit schrumpfender Bereiche, die in Baden-Württemberg entweder vom allgemein zu beobachtenden Beschäftigungsrückgang weniger stark betroffen wurden (z. B. Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Säge- und Holzbearbeitungsgewerbe, Textilgewerbe) oder entgegen der Bundesentwicklung die Zahl der Arbeitsplätze sogar erweitern konnten (z. B. Gießereien, Eisen-, Stahl- und NE-Metallerzeugung, Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung). Demgegenüber sind nur einige wenige Branchen wie zum Beispiel der Straßenfahrzeugbau oder das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hinter der Bundesentwicklung zurückgeblieben.

5. Beim gegenwärtigen Stand der empirischen Sozialforschung lassen sich nur Anhaltspunkte über die zukünftige Wirkungsrichtung des Branchenstruktureffektes gewinnen. Nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1970 verfügt das Land im Verhältnis zum Bundesgebiet zwar über einen wesentlich höheren Anteil von potentiellen Wachstumsbranchen, dem jedoch eine stärkere Besetzung mit potentiell schrumpfenden Bereichen gegenübersteht. Geht man hingegen entsprechend dem neuen energiepolitischen Konzept der Bundesregierung davon aus, daß sich die Schrumpfungsprozesse im Bergbau künftig nicht weiter fortsetzen, so entfällt diejenige Konstellation, die entsprechend einem Anteil von vier Fünfteln an allen relativen Arbeitsplatzgewinnen den Ausschlag für die bisherige Wirkungseinrichtung des Branchenstruktureffektes gegeben hat.

Dr. Gerhard Kah

Tendenzwende bei der Wahl einer weiterführenden Schule?

Die Mitte der sechziger Jahre einsetzende Bildungsexpansion hat zusammen mit größer werdenden Geburtenjahrgängen zu einem starken Ansturm auf Realschulen und Gymnasien des Landes geführt. Mit durchschnittlich 32 bzw. 29 Schülern je Klasse ist die Kapazität beider Schularten zum Teil überlastet. Die Sextaner des Jahres 1966, die im Sommer 1974 ihre Hochschulreife erwerben, werden durch weiter verschärfte Zulassungsbeschränkungen an den überfüllten Universitäten nur noch in einigen Fächern frei studieren können¹. Bei steigenden Abiturientenzahlen wird sich in den nächsten Jahren das Problem des Numerus clausus mit Sicherheit noch weiter verstärken. Andererseits erhielten bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1973 nicht alle arbeitssuchenden Akademiker (vorerst nur bestimmter Fachrichtungen) eine ihrer Qualifikation entsprechende Anstellung². Die rückläufige Zahl der offenen Stellen verließ der Gefahr eines „akademischen Proletariats“ reale Züge.

¹ Die Abiturienten des Jahrgangs 1973 wollten zu 18% das Studium in einem Numerus-clausus-Fach aufnehmen. Den 3600 Bewerbern standen jedoch nur 1760 Studienplätze gegenüber, die größtenteils bereits an Abiturienten früherer Jahre vergeben waren.

² Für rund 2000 Akademiker gab es keine offenen Stellen. Vgl. Interview mit dem Leiter der Akademikervermittlung Verw. Dir. Josef Hempner in Stuttg. Zeitung vom 2. 2. 74, S. 2.

In dieser Situation ließen Ergebnisse der Schülerbewegungstatistik die kompetenten Stellen der Bildungsplanung aufhorchen: Zum ersten Mal seit Jahren gingen zu Beginn des Schuljahres 1973/74 weniger Grund- und Hauptschüler auf Realschulen und Gymnasien über als im Vorjahr. Zeichnet sich damit eine Tendenzwende ab? Der folgende Beitrag setzt sich mit den Hintergründen, den bereits sichtbaren und den zu erwartenden Auswirkungen dieser Entwicklung auseinander.

Übergangsquoten zeigen exakte Ergebnisse

Vor der Darstellung der kausalen Zusammenhänge ist jedoch zunächst im Hinblick auf eine mögliche Tendenzwende formal zu klären, ob die zur Beurteilung herangezogenen Meßzahlen das tatsächliche Übergangsverhalten auch bei geringen Veränderungsraten hinreichend genau beschreiben.

Zur Darstellung des Übergangsverhaltens im zeitlichen Vergleich verwendet man sogenannte Übergangsquoten. Angestrebt wird dabei eine quantitative Aussage über den Teil eines Einschulungsjahrgangs, der im späteren Verlauf seiner Schulzeit auf eine der weiterführenden Schulen übergeht. Hierzu werden jedes Jahr im Sommer alle Schüler der Grund- und Hauptschulen erfaßt, die im Herbst eines Jahres aus der